

Gewerkschaften feiern: 4% mehr Gehalt für 17.700 Beschäftigte!

Gewerkschaften GPA und vida erzielen in Wien einen neuen Kollektivvertrag für 17.700 Beschäftigte im gemeinnützigen Sektor.

Wien, Österreich - Nach intensiven Verhandlungen haben die Gewerkschaften GPA und vida gemeinsam mit dem Verein Karitativer Arbeitgeber einen neuen Kollektivvertrag für 17.700 Beschäftigte im gemeinnützigen Sektor in Österreich ausgehandelt. Ab dem 1. Januar 2025 profitieren die Arbeitnehmer von einer Gehaltserhöhung von 4 Prozent, die sämtliche Kollektivvertragsgehälter und Zulagen betrifft. Diese Einigung erstreckt sich auf 41 Organisationen, die unter anderem in der Pflege und der sozialen Arbeit tätig sind. Alexander Bodmann, Vizepräsident der Caritas Österreich, betonte die Wichtigkeit dieser Maßnahme für die langfristige Entwicklung des Sektors, während Stefan Kraker von der GPA versicherte, dass die Kaufkraft der Arbeitnehmer nicht nur gesichert, sondern auch gestärkt werde.

Vorteile für Beschäftigte

Ein zentraler Punkt des neuen Vertrages ist die Verbesserung des Rechts für Teilzeitbeschäftigte. Arbeitnehmer, die in den vergangenen sechs Monaten regelmäßig mehr als eine Stunde über ihrer vereinbarten Arbeitszeit geleistet haben, dürfen ihr Wochenstundenausmaß um die Hälfte der durchschnittlichen Mehrleistung anpassen. Diese Regelung soll ab 2025 noch weiter gestärkt werden. Darüber hinaus wurde ein neuer freiwilliger Reservedienst eingeführt und der

Flexibilitätszuschlag angehoben. Besonders positiv ist die Einführung einer zusätzlichen Gehaltsstufe für langjährige Mitarbeiter, auch bestätigt durch Michaela Guglberger von der Gewerkschaft vda.

Zusätzlich zu den Gehaltserhöhungen hat die GPA im Rahmenrecht Verbesserungen erzielt. Die großen und kleinen Flexibilitätszuschläge werden auf 50 Euro beziehungsweise 25 Euro angehoben und der Pflegezuschuss bleibt als Zusatzkollektivvertrag bestehen. Eva Scherz, Chefverhandlerin der GPA, erklärte, dass diese Erfolge nur durch die starke Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen in Betriebsversammlungen und Kundgebungen erreicht werden konnten. Mit diesen Maßnahmen wird die Attraktivität der Sozialwirtschaft als Arbeitgeber erhöht, was angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen von enormer Bedeutung ist **gpa.at berichtete, dass ...** und **kosmo.at bestätigte, dass**

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kosmo.at• www.gpa.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at